

Die Methode des Mario Draghi

Italien erlebt unter seinem Ministerpräsidenten ein großes Comeback. Es geht um das Land, die Menschen und die Wirtschaft. Kommen jetzt die Parteienkämpfe zurück?

VON ULRIKE SAUER

Rom – Das alte Jahr verabschiedete sich auf gebührende Weise: mit Wumm. Nach zehn Monaten, in denen das von Mario Draghi regierte Land sich selbst und die Welt überrascht hat, verblüfft Italiens Wirtschaft im Dezember noch einmal mit unerschütterlichem Optimismus. Preisschocks an den Energiemärkten, gestörte Lieferketten, Chipmangel, pandemiebedingte Personalausfälle? Alles wirklich schlimm. Der Einkaufsmangerindex EMI der Industrie, der als besonders aussagekräftiges Konjunkturbarometer gilt, aber steigt im 18. Monat in Folge – auf 62 Punkte, was auch für die nahe Zukunft auf eine kräftig anziehende Industrieproduktion hindeutet. Die Erwartungen der Analysten wurden wieder übertroffen. Der Konjunkturindex der Eurozone auch. Die Industrie, Italiens Lokomotive des Jahres 2021, bleibt in Fahrt. Der ungekannte Schwung entzückt auch gestandene Weltmarktführer. Nie sei Italien so stark gewachsen, sagt Alberto Bombassei, der mit seinem Unternehmen

Vom kranken Mann Europas zum bewunderten Star – der Aufstieg begeistert viele

Brembo in Bergamo die gehobene PS-Branche mit Bremsen beliefert. Die Regierung schraubte ihre Prognose für 2021 im Monatsakt nach oben. Jetzt soll auch das Plus von 6,3 Prozent, das schon als Sensation gefeiert wurde, übertroffen werden. Hinter Italien liegen wohlgeerntete zwei Jahrzehnte Stagnation. Auch bei den Impfungen sind wir ganz vorne mit dabei, sagt der 81-Jährige. Und der britische Economist kürte Italien zum Land des Jahres 2021. Der Grund: Es habe sich so stark wie kein anderes gewandelt.

Vom kranken Mann Europas zum bewunderten Star – der Aufstieg begeistert auch Bombassei. Man könne Ausländern jetzt ohne Minderwertigkeitskomplexe gegenüber treten. „In meinem Alter hätte ich nicht gedacht, dass ich solche Leistungen Italiens erleben würde“, sagt der Erfolgsumnehmer. „Wir müssen jetzt auf dieser Welle reiten“, mahnt er. Eine Chance wie

diese beläme man nicht ein zweites Mal. Gemeint ist die Gelegenheit, das Krisenland von Grund auf umzugestalten. Der frühere EZB-Chef Draghi übernahm am 13. Februar die Regierungsgeschäfte, um diese Totaltransformation der italienischen Wirtschaft auf den Weg zu bringen. 191 Milliarden Euro europäischer Aufbauhilfen sollen den Wandel unterstützen.

In Mailand setzt die Börse ihren Höhenflug auch in den ersten Tagen des Jahres fort. 2021 legte der Kursindex Ftse Mib um 23 Prozent zu. Der Dax in Frankfurt stieg um knapp 16 Prozent. Zu Beginn des neuen Börsenjahres sprang der Mailänder Kursindex dann über die Marke von 28000 Punkten, ein Niveau, das seit mehr als 10 Jahren nicht mehr erreicht wurde. „Mit einer derartigen Steigerung hätte ich nicht gerechnet“, sagt Carlo Gentili, Mitgründer des Mailänder Vermögensverwalters Nextam Partners. „Zur starken wirtschaftlichen Erholung kam das Draghi-Wunder hinzu“, sagt er. Aber die Frage lautet nun: Wie lange kann so ein Wunder dauern?

Manche sagen: Dieser magische Ausnahmezustand in Italien ist längst vorüber.

Als der frühere EZB-Chef vor zehn Monaten in Rom das Ruder übernahm, gelang es ihm mühelos, die gescheiterten Parteien seiner breiten Koalition zu bändigen. Draghi ließ alle „Jahrhlein“ schwenken und ignorierte das Gezänk dann einfach. Auf Diskussionen ließ er sich nicht ein und traf seine kühnen Entscheidungen allein. Die „Methode Draghi“ funktionierte. Bis zum Herbst schien der Italien-Retter der unbesiegbare Matador der erschöpften Populisten zu sein. Dann begann der Funktionsmechanismus zu klemmen. „Wir erleben ein Nachlassen des Reformeifers“, schlug Industriellenchef Carlo Bonomi im November Alarm. Die Politik lasse sich zunehmend von Wählterminen ablenken.

Das Haushaltsgesetz, das nach Weihnachten die letzte Parlamentsbühnen nahm, enttäuschte die Erwartungen. Statt einer zielgerichteten Finanzpolitik verabschiedeten die Parteien einen mit Geldzuwendungen jeder Art gespickten Etat. Überraschend unentschieden wirkten zuvor auch ein dringendes Wettbewerbsgesetz, die Revision der Katasterwerte, die Abschaffung der Frührenten und der Ein-



Rom in Zeiten der Pandemie: Eine Frau sitzt mit Maske an der Spanischen Treppe. Zuletzt legte das Land ein wirtschaftliches Comeback hin. FOTO: G. MANGIAPANE/REUTERS

stieg in eine große Steuerreform. Zum Jahreswechsel schlug die Stimmung drastisch um. Kollektive Zuversicht und Selbstzufriedenheit verflüchtigten sich innerhalb weniger Tage. Überwältigt wurde der positive Geist von der weltweit grassierenden Coronavirus-Variante Omikron. Mit Verspätung breitet sich Omikron in rasender Geschwindigkeit nun auch im Mutterland der Pandemiebekämpfung aus. In einer Woche wurden 810000 Infektionsfälle gemeldet.

Ebenso einschneidend veränderte eine speziell römische Variante namens Quirinal die Ausgangslage: die bevorstehende Wahl des Nachfolgers des scheidenden Staatspräsidenten Sergio Mattarella, der im Februar den Quirinalspalast verlassen wird. Am 24. Januar treten die Parlamentskammern zusammen, um ein neues Staatsoberhaupt zu wählen. Und so folgte auf das

Comeback Italiens nun das Comeback der Parteien. Nachdem sie sich 2021 der Kompetenz und dem Ansehen Draghis anvertraut hatten, kämpfen die Koalitionspartner jetzt darum, ihre verlorene Macht zurückzugewinnen. Mit Erfolg.

Draghi scheiterte auch beim zweiten Anlauf an der Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht. Am Mittwochabend musste er, wie schon in der vergangenen Woche, dem Widerstand der populistischen Lega und der Fünf Sterne nachgeben. Nach hartem Ringen beschloss das Kabinett die Einführung einer generellen Impfpflicht für alle Über-50-Jährigen. Der Kompromiss wurde als eine in Europa einmalige Maßnahme verkauft. Italienische Wissenschaftler geißelten sie als „warme Wicke“, die Omikron keinen Einhalt gebieten könnten. Verheerender fiel das politische Urteil aus. „Die Parteien taten, was sie am besten

zu können glauben: die Regierung im Namen der Rückkehr der Politik zu zermürben“, kommentierte die Turiner Zeitung „La Stampa“. Zum ersten Mal habe Draghi die Endstation vor Augen gehabt, an der alle römischen Regierungen früher oder später landen. Es klang wie der Abschied auf eine Ära. Doch was für eine Ära!

Italien hat pünktlich zum Jahresende das von Brüssel vorgegebene Reformpensum abgearbeitet und alle 51 Aufgaben der EU-Kommission erfüllt. So konnte das Finanzministerium vor Sylvester die erste Tranche in Höhe von 2,1 Milliarden Euro aus dem europäischen Corona-Rettungsfonds beantragen. Der Aufschwung hat 2021 auch den Arbeitsmarkt erfasst. Die Unternehmen programmierten bis Ende März 1,2 Millionen Neueinstellungen. Die in der Pandemie sprunghaft gestiegene Schuldenquote soll in diesem Jahr um 4,1

Prozentpunkte auf 149,4 Prozent sinken. Diese Errungenschaften sind in Gefahr. Draghi will das Wachstum um jeden Preis vor der Ansteckungswelle und vor einem neuen Lockdown schützen. Für Italien geht es nicht nur darum, die Entgleisung seiner Konjunkturlokomotive zu verhindern. Der Aufschwung ist die Grundlage für den Umbau des italienischen Wirtschaftssystems. Einmütig fordern die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften daher seit verganginem August die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht. Aber in Draghis Koalition sperrte sich die Lobby der 2,5 Millionen nicht geimpften Beschäftigten dagegen. Die größte Bedrohung für Italiens Aufstieg geht nach wie vor von der Pandemie aus, sagt der Finanzprofi Gentili. Dem müsse man die Politik hinzufügen. „Für den Fall, dass sie eine falsche Richtung einschlägt“, sagt er.

Il metodo Mario Draghi

Grazie al suo primo ministro l'Italia sta vivendo una grande ripresa per quanto riguarda il Paese, le persone e l'economia. Ora si tornerà nuovamente alle lotte di partito?

ULRIKE SAUER, Roma

Il vecchio anno si è chiuso nel migliore dei modi: col botto. Dopo dieci mesi in cui il Paese governato da Mario Draghi ha sorpreso se stesso e il mondo, l'economia italiana ha stupito ancora una volta a dicembre con un fermo ottimismo. Lo shock del caro bolletta, catene di approvvigionamento interrotte, la carenza di microchip e di personale dovuti alla pandemia? Tutto gravissimo. Ma il Purchasing Managers Index (PMI), considerato un indicatore particolarmente significativo dell'attività economica, è salito per il 18° mese di fila, raggiungendo 62 punti e indicando così una forte ripresa della produzione industriale, anche a breve termine. Le aspettative degli analisti sono state nuovamente superate. Così come l'indice economico della zona euro. Il settore industriale, la locomotiva italiana del 2021, va a gonfie vele. Questo slancio senza precedenti sta sorprendendo positivamente anche gli esperti leader del mercato globale. L'Italia non è mai cresciuta così tanto, afferma Alberto Bombassei di Bergamo, la cui azienda Brembo fornisce impianti frenanti ai principali costruttori mondiali di veicoli. Ogni mese il governo ha migliorato le sue previsioni per il 2021. Ora l'aumento del 6,3 per cento, già prospettato, deve essere superato. Occorre ricordare che l'Italia era ferma da due decenni. Anche nel campo della vaccinazione siamo all'avanguardia, afferma l'81enne. Il settimanale britannico "The Economist" ha nominato l'Italia il "Paese dell'anno 2021", visto che ha subito più cambiamenti in assoluto.

Da uomo proveniente dal Paese "malato d'Europa" a star ammirata: l'ascesa entusiasma anche Bombassei. Dice che ora ci si può finalmente rapportare agli stranieri senza complessi d'inferiorità. "Non avrei mai pensato di vedere risultati simili da parte dell'Italia", dice l'imprenditore di successo. "Ora dobbiamo cavalcare l'onda", avverte. Un'occasione come questa non capita una seconda volta. Si riferisce all'opportunità di trasformare un Paese in crisi dalle fondamenta. L'ex presidente della BCE Draghi ha preso le redini del governo il 13 febbraio, per poter realizzare questa trasformazione definitiva dell'economia italiana. 191 miliardi di euro provenienti dal fondo di ricostruzione europeo sono destinati all'attuazione di questo cambiamento.

Nei primi giorni dell'anno il mercato azionario a Milano è salito in continuazione. Nel 2021 l'indice dei prezzi del Ftse Mib è aumentato del 23%. Il Dax a Francoforte è salito di un valore del 16% circa. All'inizio del nuovo anno borsistico l'indice dei prezzi di Milano è balzato al di sopra dei 28.000 punti, un livello che non raggiungeva da ben 10 anni. "Non mi aspettavo un tale aumento", afferma Carlo Gentili, co-fondatore dell'asset manager milanese Nextam Partners. "Alla forte ripresa economica si è aggiunto il miracolo di Draghi", dice. Ma ora la domanda è la seguente: quanto potrà durare questo miracolo?

Alcuni sostengono che questo "miracolo" si stia esaurendo da tempo.

Quando l'ex presidente della BCE ha preso in mano il governo dieci mesi fa, è riuscito senza sforzi a tenere a bada i partiti falliti della sua ampia coalizione. Ha lasciato che tutti dicessero la loro e poi ha semplicemente ignorato i battibecchi. Si è tenuto alla larga dalle discussioni e ha preso decisioni coraggiose da solo. Il "metodo Draghi" ha funzionato. Fino all'autunno il "salvatore dell'Italia" sembrava aver domato alla perfezione i populistici esausti. Poi questo meccanismo ha cominciato ad incrinarsi. "Ora c'è meno impegno per le riforme", ha lanciato l'allarme il presidente di Confindustria Carlo Bonomi a novembre. I politici sono sempre più distratti dalle elezioni.

La legge di bilancio, approvata definitivamente dopo Natale, ha deluso le aspettative. Invece di promuovere una politica finanziaria mirata, i partiti hanno approvato un bilancio costellato da elargizioni di ogni tipo. Sorprendentemente esitante pareva anche l'approccio ad una legge urgente sulla concorrenza, alla revisione dei valori catastali, all'abolizione della pensione anticipata e l'avvio di una grande riforma fiscale. Al volgere dell'anno, quindi, l'umore cambiò drasticamente. La fiducia e l'entusiasmo collettivo sono svaniti in pochi giorni. La positività è stata sopraffatta dalla variante Omicron dilagante a livello globale. Con un po' di ritardo si sta diffondendo velocemente anche nel Paese-modello della lotta alla pandemia. In una settimana sono stati registrati ben 810.000 casi.

Altrettanto significativo è stato il cambiamento dettato dalla speciale "variante romana", chiamata "Quirinale". Ci si riferisce, chiaramente, all'imminente elezione del successore del Presidente della Repubblica Sergio Mattarella, che lascerà il Quirinale a febbraio. Il 24 gennaio le camere del Parlamento si riuniranno per eleggere un nuovo capo di stato. E così al ritorno dell'Italia è seguito anche il ritorno dei partiti. Dopo essersi affidati alla competenza e al prestigio di Draghi nel 2021 i partner della coalizione stanno ora lottando per riconquistare il potere perduto. Con successo.

Draghi ha anche fallito nel suo secondo tentativo di far passare un obbligo generale di vaccinazione. Mercoledì sera, come nella settimana precedente, ha dovuto cedere alla resistenza della Lega populista e dei Cinque Stelle. Dopo una dura discussione il governo ha deciso di introdurre un obbligo generale di vaccinazione per tutti gli over 50. Il compromesso è stato venduto come una misura unica a livello europeo. Gli scienziati italiani hanno bocciato la misura, non ritenendola comunque sufficiente a porre un freno al dilagare della variante Omicron. Il verdetto politico è stato più devastante. "I partiti hanno fatto quello che sanno fare meglio: logorare il governo in nome del ritorno della politica", ha commentato il quotidiano torinese La Stampa. Per la prima volta Draghi ha visto la fine davanti agli occhi, un po' come succede a tutti i governi italiani. Sembrava l'addio ad un'epoca. E che epoca!

Giusto in tempo per la fine dell'anno l'Italia ha portato a termine quanto stabilito da Bruxelles e ha adempiuto a tutti i 51 compiti sanciti dalla Commissione UE. Così, prima di Capodanno, il Ministero delle Finanze ha potuto incassare la prima tranche di 24,1 miliardi di euro dal fondo di ricostruzione europeo. La ripresa ha interessato anche il mercato del lavoro nel 2021. Le aziende hanno previsto 1,2 milioni di nuove assunzioni entro la fine di marzo. Il rapporto debito/PIL, salito durante la pandemia, dovrebbe scendere di 4,1 punti percentuali al

149,4 per cento quest'anno. Questi guadagni sono in pericolo. Draghi vuole impedire a tutti i costi l'aumento dei contagi e un nuovo lockdown. Per l'Italia non si tratta solamente di evitare il blocco della ripresa economica, che rappresenta la base per la ristrutturazione del sistema economico italiano. All'unanimità, le associazioni di imprese e i sindacati chiedono quindi, dallo scorso agosto, l'introduzione di un obbligo generale di vaccinazione. Ma nella coalizione di Draghi, la lobby dei 2,5 milioni di lavoratori non vaccinati si è opposta. La più grande minaccia per la crescita dell'Italia è ancora la pandemia, afferma Gentili, un professionista della finanza. A questo si aggiunge la politica. "Nel caso in cui prenda una svolta sbagliata", dice.

axel springer
syndication

Die Welt Nr. 4 vom 06.01.2022 – Seite 5

Während Deutschland sich von der Atomkraft verabschiedet, beginnt Italien, wieder mit ihr zu liebäugeln. Das ist mehr als beachtenswert, denn Italien ist neben Deutschland das einzige große europäische Land, das sich für einen Abschied von der Atomenergie entschieden hat – und das sogar ganze 24 Jahre vorher.

VON VIRGINIA KIRST
AUS ROM

Bereits 1987 stimmten die Italiener unter dem Eindruck des Reaktorunglücks von Tschernobyl in einer Volksabstimmung dafür, ihre existierenden Atomkraftwerke zu schließen und keine neuen mehr zu bauen. Diese Entscheidung wurde 2011 in einem weiteren Referendum bestätigt. Anschließend galt das Thema Atomkraft in Italien endgültig als beerdigt. Doch nun hat sich entfacht, was die Tageszeitung „la Repubblica“ als den perfekten Sturm bezeichnet: Die Kombination aus stark ansteigend Energiepreisen und dem Vorstoß der EU-Kommission, Atomenergie in seiner Taxonomie als „grüne Energie“ einzustufen, gibt den Atom-Befürwortern Auftrieb. Nun mehren sich in Italien die Stimmen, die am Nein zur Atomkraft zweifeln.

Losgetreten hatte die Debatte im September ausgerechnet Roberto Cingolani, Minister für den ökologischen Wandel. Cingolani ist kein Politiker, sondern kam als Experte aus der Wissenschaft an das neugegründete Ressort in der Regierung von Ministerpräsident Mario Draghi. Entsprechend unideologisch und pragmatisch war Cingolani die Sache angegangen und hatte dafür plädiert, dass Italien seine Absage an die Kernenergie gründlich überdenken sollte. So sagte er über Atomkraftwerke: „Technologien der vierten Generation ohne angereichertes Uran und schweres Wasser werden gerade entwickelt. Wenn die Menge radioaktiver Abfälle sehr klein, die Sicherheit hoch und die Kosten niedrig sind, ist es töricht, sie nicht in Betracht zu ziehen.“ Schon damals hatte Cingolani für diesen Vorschlag Beifall von Matteo Salvini, Parteichef der rechten Lega, bekommen. Seitdem hat Salvini das Thema für sich entdeckt und argumentiert – passend zu seiner nationalistischen Grundhaltung –, dass Atomenergie Italien dabei helfen könne, seine energetische Unabhängigkeit zu erreichen.

Italien ist bei seiner Energieversorgung tatsächlich vom Ausland abhängig und bekommt deshalb die Preisanstiege am Energiemarkt derzeit besonders stark zu spüren. Das Thema bewegt auch die Wähler, weil sie die Teuerung – trotz Regierungshilfen – monatlich durch ihre Stromrechnungen zu spüren bekommen. Das weiß auch Salvini. Kürzlich hatte er etwa von Draghi die Einrichtung eines runden Tisches für Regierung und Gesellschaft, „zu den hohen Stromrechnungen, die zusammen mit Covid zur wirklichen Priorität der kommenden Monate geworden sind“ gefordert. Familien und Unternehmen könnten nicht warten, so Salvini. Diese Strategie reichert er nun mit einer ausdrücklichen Pro-Atomkraft-Haltung an: Als Reaktion auf die Ankündigung aus Brüssel sagte er, dass Italien nicht stillstehen könne, wenn die EU-Kommission



Es war einmal ein Atomkraftwerk: Italien hatte den Betrieb solcher Anlagen, wie hier in der Nähe von Neapel, 1987 eingestellt

Flirt mit dem Atom-Comeback

Italien stieg schon vor Jahrzehnten aus der Kernenergie aus. Nachdem die EU sie nun als „grüne Energie“ einstuft, nimmt die Debatte über einen Wiedereinstieg Fahrt auf

on Gas und Kernkraft „endlich“ als grüne Energien anerkennen werde: „Die Lega ist bereit, Unterschriften für ein Referendum zu sammeln, das unser Land in eine unabhängige, sichere und saubere Energiezukunft führen wird“, sagte Salvini, der hofft, in einer weiteren Abstimmung das Nein der Bürger zur Atomkraft zu kippen.

Auch Giancarlo Giorgetti, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und damit der wichtigste Vertreter der Lega in der Regierung, hatte sich zuletzt offen für eine „allgemeinere Überlegung zur Energieouveränität des Landes“ gezeigt, ohne sich dabei direkt auf die Atomkraft zu beziehen.

Dem Kurs der Lega folgt auch Forza Italia, die Partei Silvio Berlusconi. Zusammen kommen die beiden Parteien auf 27 Prozent der Wählerstimmen und

haben damit in der Regierungskoalition das meiste Gewicht.

Die italienische Debatte steht dabei in einem Wechselspiel mit den Vorgängen in Brüssel, denn der Vorschlag der EU, Gas und Atomkraft als grün einzustufen, muss noch von den EU-Mitgliedsstaaten abgesegnet werden. Das könnte schwierig werden: So kündigte etwa Deutschlands Minister für Umwelt- und Klimaschutz Robert Habeck (Grüne) bereits seine Opposition gegen das Vorhaben an. Und auch die italienische Regierung muss erst noch einen gemeinsamen Standpunkt in der Frage erarbeiten, denn die Fünf Sterne Partei, die ebenfalls an der Koalition beteiligt ist, hat sich bereits deutlich gegen Atomkraft positioniert – eine Haltung, die sie auch in Brüssel vertreten will.

So haben Mitglieder ihres Ausschus-

ses für ökologischen Wandel in einer Mitteilung klargemacht, dass sie weder Gas noch Atomenergie als nachhaltig ansehen und diese Energiequellen daher auch nicht als grün bezeichnet werden könnten. Weniger eindeutig positioniert sich indes die sozialdemokratische Partito Democratico (PD), die auch mitregiert. So sagte Brando Benifei, Vorsitzender der PD-Fraktion im EU-Parlament zu „Repubblica“, dass es für die Partei auf der Grundlage des Entwurfs der EU zu Taxonomie noch nicht möglich sei, Stellung zu beziehen. „Wir warten darauf, dass uns alle Elemente vorliegen, um eine Bewertung vornehmen zu können“, so Benifei.

Eins ist jedoch schon jetzt klar: Sollte sich die Taxonomie-Entscheidung in Brüssel bestätigen, geht die Diskussion um Atomkraft in Italien erst so richtig los.

Il ritorno al nucleare attira

Virginia Kirst, Roma

Mentre la Germania dice addio al nucleare, l'Italia sta cominciando a riprenderlo nuovamente in considerazione. Questo è molto interessante dato che l'Italia è l'unico grande Paese europeo, oltre alla Germania, che ha rinunciato a questa forma di produzione dell'energia. Ben 24 anni fa.

È stato nel 1987, in seguito all'incidente del reattore di Chernobyl, che gli italiani avevano votato in un referendum per chiudere le centrali nucleari esistenti e non costruirne di nuove. Questa decisione è stata confermata in un altro referendum nel 2011. Da quel momento in poi la questione del nucleare in Italia era considerata definitivamente chiusa. Ma, come fa presente il quotidiano "La Repubblica", ora si è riaperta grazie ad una "combinazione perfetta", che sta incoraggiando molti sostenitori del nucleare: i prezzi energetici in forte aumento e la proposta della Commissione europea di classificare l'energia nucleare come "energia verde". In Italia sono sempre di più le persone che dubitano del No al nucleare.

Il dibattito è stato avviato a settembre da Roberto Cingolani, ministro per la Transizione Ecologica. Cingolani non è un politico, ma è entrato a far parte della task force creata dal governo del primo ministro Mario Draghi come esperto proveniente dal mondo accademico. Per questo motivo aveva affrontato la questione in modo non ideologico e pragmatico, sostenendo che l'Italia dovesse riconsiderare completamente la sua rinuncia al nucleare. Si è espresso così in merito alle centrali nucleari: "si stanno sviluppando tecnologie di quarta generazione, senza uranio arricchito e acqua pesante. Se la quantità di rifiuti radioattivi è esigua, la sicurezza alta e il costo basso, è sciocco non prenderle in considerazione". Già allora Cingolani aveva ricevuto l'approvazione di Matteo Salvini, leader del partito di destra Lega. Da allora Salvini ha ripreso la questione, sostenendo - in linea con la sua posizione nazionalista - che l'energia nucleare potrebbe aiutare l'Italia a raggiungere l'indipendenza energetica.

Per il suo approvvigionamento energetico l'Italia dipende infatti dall'estero e quindi, in questo momento, risente particolarmente dell'aumento dei prezzi sul mercato dell'energia. La questione colpisce anche gli elettori, che ogni mese - nonostante gli aiuti del governo - sentono l'inflazione attraverso le bollette dell'elettricità. Anche Salvini ne è consapevole. Di recente, per esempio, aveva chiesto a Draghi di organizzare un incontro "sui rincari delle bollette dell'elettricità, che, insieme al Covid, sono diventati la vera priorità dei prossimi mesi". Le famiglie e le imprese non possono aspettare, ha detto. Ora aggiunge a questa strategia anche un'esplicita posizione a favore del nucleare: in risposta alle recenti dichiarazioni di Bruxelles ha detto che l'Italia non potrebbe restare ferma se la Commissione Ue riconoscesse "finalmente" gas e nucleare come energie pulite. "La Lega è pronta a raccogliere le firme per un referendum che porti il nostro Paese verso un futuro energetico indipendente, sicuro e pulito", ha detto Salvini, che spera di ribaltare il No dei cittadini al nucleare con un altro voto.

Anche Giancarlo Giorgetti, ministro per lo sviluppo economico e quindi il più importante rappresentante della Lega nel governo, si è recentemente mostrato aperto ad una "riflessione più generale della sovranità energetica del Paese", senza fare un esplicito riferimento al nucleare. In maniera simile la pensa anche Forza Italia, il partito di Silvio Berlusconi. Insieme i due partiti riescono ad ottenere il 27% dei voti e hanno così il maggior peso nella coalizione di governo.

Il dibattito italiano si inserisce così in uno più ampio, relativo a ciò che sta accadendo a Bruxelles. La proposta dell'UE di classificare gas e nucleare come "energie green" deve infatti ancora essere approvata dagli stati membri. Questo potrebbe non essere semplice: il ministro tedesco per l'ambiente e la protezione del clima Robert Habeck (dei Grünen), per esempio, ha già annunciato la sua opposizione al piano. E anche il governo italiano deve ancora giungere ad una posizione comune sulla questione, dato che il Movimento Cinque Stelle si è già chiaramente mostrato contrario alla ripresa del nucleare. Una posizione che intende difendere anche a Bruxelles.

In una recente comunicazione i membri della sua commissione per la transizione ecologica hanno chiarito che non considerano "sostenibili" né il gas né l'energia nucleare, motivo per cui queste fonti di energia non possono essere definite "green". Il Partito Democratico (PD), anch'esso parte della coalizione di governo, ha assunto una posizione meno chiara. Brando Benifei, capogruppo del PD al Parlamento Europeo, ha dichiarato a Repubblica che non è ancora possibile per il partito prendere una posizione sulla base della bozza di proposta dell'UE. "Stiamo aspettando che tutti gli elementi siano disponibili per fare una valutazione", ha detto Benifei.

Una cosa, però, è già chiara: se la decisione della tassonomia di Bruxelles verrà confermata, la discussione sul nucleare in Italia verrà avviata per davvero.